

Bruch von Wahlversprechen oder geplanter Wahlbetrug?

CSU/CDU und FDP haben im Wahlkampf Steuersenkungen versprochen. Konkret wurde zwar nie so richtig ausgeführt, wie sie das bewerkstelligen wollen (einmal sprach die FDP von der Beseitigung der „kalten Steuerprogression“, einmal sprach die CSU von der Entlastung der Bezieher niedriger Einkommen) und wie sie das angesichts einer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten sehr angespannten Haushaltslage gegenfinanzieren wollen.

Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen zeichnet sich bereits eine massive Kontroverse ab: Der Hessische Ministerpräsident Koch ruderte zurück und ließ verlautbaren, dass es in den nächsten vier Jahren „keine massiven Steuersenkungen“ geben könne. Einem Papier aus dem Bundeskanzleramt zufolge müssen in der kommenden Legislaturperiode etwa 40 Milliarden Euro zusätzlich aufgebracht werden – entweder durch geringere Ausgaben oder höhere Steuern. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse soll einer weiteren Verschuldung der öffentlichen Haushalte den Riegel verschieben.

Die für ihre angebliche Wirtschaftskompetenz so hoch gelobte FDP verspricht durch Eindämmung der Schwarzarbeit und „vernünftige Ausgabendisziplin“ 35 Milliarden Euro Steuerentlastungen. Koch weiß auch wie: Er will „liebgeordnete Programme“ wie Subventionen, staatliche Dienstleistungen und Förderprogramme „auf den Prüfstand stellen“.

Dass wir in einer finanziell prekären Haushaltslage sind, haben wir der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verdanken. Dass wir die dadurch bedingten Staatsschulden wieder herunter fahren müssen, ist klar, wenn wir die künftigen Generationen nicht weiter belasten wollen. Dass in dieser Situation Parteien wider besseres Wissen vor der Wahl Steuergeschenke in Aussicht stellen, ist fahrlässig und dürfte an die Grenze des versuchten Wahlbetrugs gehen. Und dass jetzt für die Neu-Koalitionäre die Zeit kommt, sich an ihren Versprechen messen zu lassen, führt dazu, dass sie zurück rudern und ihre unverantwortlichen Wahlversprechen brechen müssen. Um ihr Gesicht zu wahren, werden sie ein „kleines“ Steuergeschenk machen, das aber zu Lasten des „kleinen Mannes“ gehen dürfte.

Fahler Beigeschmack am Rande: Die Förderausgaben für die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien sollen zurück gefahren werden. Konsequenz: Der Strom aus diesen Energieformen wird teurer und damit weniger interessant gemacht, Atomstrom wird – vordergründig und zum Schein – wieder „interessanter“, und die Atomlobby frohlockt wegen der Verlängerung der Laufzeiten – so macht man heute „bürgerliche Politik der Mitte“!